Dokumentation

Patrick Major (Warwick)

"Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein". Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED¹

Bisher wurde die zweite Berlinkrise (1958-61) fast ausschließlich als ein Stück diplomatischer Geschichte aus der Perspektive der USA und UdSSR behandelt. Zweifelsohne stellte sie einen Höhepunkt der Supermächtekonfrontation dar, und die Berliner Mauer wurde zum Symbol par excellence des kalten Kriegs. Der folgende Beitrag soll also nicht von der wichtigen Arbeit in diesem Bereich ablenken, z.B. den neueren Forschungen über politische Entscheidungsprozesse in Ostberlin und Moskau von Hope M. Harrison.² Dessen Arbeit weist aber auch auf die inneren, DDR-eigenen Hintergründe der Krise. Die 'Betonrose' wurde zu einem Symbol der erzwungenen Stabilisierung einer auseinanderfallenden Gesellschaft, das zu verhüllter Ablehnung oder Fatalismus hinter der Mauer herausforderte. Nimmt man in Übereinstimmung mit mehreren Zeitzeugen³ und Standardwerken der DDR-Geschichte⁴ im Osten wie im Westen - die Ereignisse vom August 1961 als Zäsur, so markierte der Bau der Berliner Mauer einen ebenso tiefen psychologischen Einschnitt im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung wie in der Topographie der Frontstadt. In diesem Sinne soll die folgende Dokumentation eher die Folgen als die Ursachen des Mauerbaus untersuchen und einen Beitrag zum Verständnis der unmittelbaren psychologischen Reaktionen der 'eingemauerten' Bevölkerung sowie der innenpolitischen Eindämmung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) leisten.

¹ Für ihre Hilfe bei der deutschen Übersetzung möchte ich mich bei Frau Anna Geis bedanken.

² Harrison, Hope M.: Ulbricht and the Concrete "Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958-1961, Cold War International History Project Working Paper, No. 5 (May 1993).

Vgl. z.B. Hoerning, Erika M.: Memories of the Berlin Wall: History and the Impact of Critical Life Events, in: International Journal of Oral History, 8 (1987), S. 95-111; Borneman, John: Belonging in the Two Berlins: Kin, State, Nation, Cambridge 1992; Schweitzer, Carl-Christoph u.a. (Hrsg.): Lebensläufe - hüben und drüben, Opladen 1993, S. 226.

⁴ Rühle, Jürgen/Holzweißig, Gunter: 13. August 1961: Die Mauer von Berlin, 3. Aufl., Köln 1988, S. 112; Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1985, S. 327; Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR 1949-1985, Frankfurt/M. 1985, S. 139; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: Abriß, Berlin(Ost) 1978, S. 420.

Zuerst einige Bemerkungen zur Ouellenbasis. Die hier veröffentlichten Berichte entstanden in der Abteilung 'Parteiorgane' des Zentralkomitees der SED.⁵ Die Parteiführung war aber dafür berüchtigt, nur das zu hören, was sie hören wollte. Aus angeblichen Informationsberichten wurden sogenannte 'Schönwetterberichte', allzuoft eine Art 'self-fulfilling prophecy', die eher die neueste Parteikampagne oder diplomatische Offensive als die Wirklichkeit widerspiegelten. Die SED versuchte sogar, aus der Not des 13. August eine Tugend zu machen, indem sie dieses Datum als die Rettung des Friedens vor den westdeutschen Imperialisten und Kriegshetzern feierte.⁶ Die Berliner Mauer ging in den Parteijargon als 'antifaschistischer Schutzwall' ein, die innenpolitischen Aspekte der Krise der DDR wurden aber fast vollständig ausgeblendet. (Die durch den Egoismus der nach Westberlin pendelnden 'Grenzgänger' verschärfte Massenabwanderung wurde einfach als kapitalistische Abwerbung - der sogenannte 'Menschenhandel' - abgetan.) Die Schweriner Partei beklagte sich kurz zuvor über einen 'Berichtsschematismus', wobei einer langen Liste positiver Leistungen im Berichtszeitraum (darunter Gagarins Weltraumflug) ein paar negative Beispiele angehängt wurden. Ähnlich wiesen die Parteifunktionäre vom Betrieb Stern-Radio in Berlin-Weißensee auf die Tatsache hin, daß sie der Parteiführung 'Signale und Hinweise' gäben, diese aber inzwischen 'herausgefiltert' wurden.⁷

Der Leser muß also viel zwischen den Zeilen lesen. Die sprachlichen Klischees und Euphemismen des Berichtsstils verbergen m.E. ein Bedürfnis nach Selbstabschottung gegen die Wirklichkeit, z.B. wiederholte Behauptungen, daß 'die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen des Ministerrats begrüßt'. Obwohl man relative Mehrheiten und Minderheiten wahrscheinlich nie wird quantifizieren können, darf man solchen Äußerungen ein Höchstmaß an Skepsis und Mißtrauen entgegenbringen. Die weißen Flecken gehen einerseits auf Verschweigen durch die berichterstattenden Behörden zurück, da ihre Beherrschung der Lage auf der Probe stand; andererseits auf die Zurückhaltung einer Bevölkerung, die ständig in Kauf nehmen mußte, daß ihre Gespräche vom Sicherheitsapparat registriert wurden.

Auch mit diesen Vorbehalten bewahren diese Dokumente doch ihren historischen Wert. Sie wurden relativ schnell zusammengestellt, so daß die Funktionäre der Abteilung Parteiorgane nicht die nötige Zeit für umgehende Retuschen hatten. (Die vierte Kurzinformation trägt das Datum 13. November, statt August, und in der zwölften steht der Satz: 'In einem gewissen Umfang mehren sich die Stimmen der Vernunft, die Erkenntnis nimmt zu, daß sich die Maßnahmen nicht gegen die Westberliner richten'[!], was einen SED-Funktionär zu einem empörten Fragezeichen am Rande bewegte. Es ist auch zu vermuten, daß unter der

Vgl. IV 2/5/433 (Abt. Parteiorgane des ZK der SED) im Zentralen Parteiarchiv der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO/ZPA). Parallele Berichte des Berliner Bezirksvorstands der SED wurden schon 1990 veröffentlicht, sind aber leider inzwischen wieder vergriffen. Vgl. Mehls, Hartmut (Hrsg.): Im Schatten der Mauer: Dokumente: 12. August bis 29. September 1961, Berlin 1990.

⁶ Zentralkomitee der SED: Was lehren die letzten Monate? Wie geht es weiter? Der 13. August und die Lage in Deutschland, 4.10.1961, in: ZK der SED (Hrsg.), Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 8, Berlin(Ost) 1962, S. 455-68.

⁷ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, Information Nr. 65, 26.5.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/295, Bl. 55).

⁸ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 4. Kurzinformation, 13.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 9).

⁹ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 12. Kurzinformation, 21.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 61.

Schockwirkung des Mauerbaus einige Nichtparteimitglieder ihre Selbstzensur fallenließen. Ihre bespitzelten Kommentare werden von der Partei im Original zitiert, und im Vergleich mit den sonstigen Berichten der Abteilung wirken diese unmittelbar und relativ ungehemmt.

Auf die Gefahr hin, grob zu vereinfachen, teile ich die Reaktionen von DDR-Bürgern in zwei Kategorien: persönliche und politische. Auf der persönlichen Ebene fühlte sich der Einzelne unter der unmittelbaren Auswirkung der Grenzschließung in seinen privaten Belangen betroffen. Dies manifestierte sich insbesondere in der Anfangsphase in Beschwerden, daß man von den wirtschaftlichen Vorteilen eines Arbeitsverhältnisses oder den kulturellen Veranstaltungen (an erster Stelle Kinobesuch) in Westberlin abgeschnitten sei; oder von seinen Verwandten im Westen. Eine gewisse Schadenfreude, daß die Grenzgänger nicht mehr nach Westberlin durften, ist auch bemerkbar; aber auch Neid, daß Westler noch in den Osten durften, aber nicht umgekehrt. Vor allem beklagte sich die technische und medizinische Intelligenz, d.h. Ingenieure und Ärzte, daß sie ohne den Zugang zu Fachkongressen und Materialien im Westen ihren Beruf unmöglich ausüben könnten. Dies war nur eines ihrer mit der noch offenen Grenze als Anreiz zum Bleiben konzedierten, aber jetzt preisgegebenen Privilegien, die ihre geschwächte Verhandlungsposition der SED gegenüber veranschaulichten. Die Verteidigung der privaten Sphäre in einer Diktatur wie der DDR hatte mehr als symbolische Bedeutung. Westfernsehen wurde z.B. politisiert, als die Freie Deutsche Jugend im September mit ihrer Aktion 'Blitz kontra NATO-Sender' die Besitzer westlich gerichteter Fernsehantennen öffentlich demütigte. ¹⁰ Das Private konnte also durchaus politisch sein.

Nach dem 13. August gab es aber verständlicherweise auch eine explizit politische Kritik an der Deutschlandpolitik der SED. Die Parteiführung hatte großen Wert auf die Popularisierung ihrer außenpolitischen Initiativen gelegt, insbesondere des erhofften Friedensvertrags, der als Hebel zur Anerkennung der DDR durch die BRD fungieren sollte. Viele Ostdeutsche hingen aber offenbar noch an der Hoffnung, daß die DDR ein Provisorium sei, das von alleine wirtschaftlich zugrunde ginge und mit der Bundesrepublik wiedervereinigt würde. Trotz gegenteiliger Versicherungen der SED galt der Mauerbau bei diesen Menschen eher als ein Indiz der Schwäche als der Stärke der DDR. Die falschen Hoffnungen, daß die westlichen Alliierten, insbesondere die Amerikaner, einschreiten würden, erklären die weitverbreitete Angst vor einer militärischen Konfrontation, als viele Hausfrauen panische Hamsterkäufe sowie die Veräußerung ihrer flüssigen Vermögenswerte unternahmen. Unter der Intelligenz, besonders bei Ingenieuren, erzeugte der sowjetische Vorsprung in der Raketentechnik einen Respekt, der eher zu Umsicht riet. 11 Dennoch war keiner während der Mauerbaukrise gefeit gegen irrationales Handeln.

Wie so oft in der Geschichte der DDR, hoffte die SED, einen Grundkonsens unter der Bevölkerung über die friedlichen Ziele ihrer Deutschlandpolitik zu erzielen. Gleichzeitig aber schnitt sie sich ins eigene Fleisch, da das Mittel in keinem Verhältnis zum angeblichen Zweck stand. Der Gebrauch von Stacheldraht führte sofort zu Vergleichen mit Konzentrationslagern.¹² Es wurde mehrfach gefragt: 'Warum wurden diese Maßnahmen mit Hilfe von

¹⁰ Rühle/Holzweißig (Hrsg.), 13. August 1961, a.a.O., S. 115.

¹¹ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, Information Nr. 43, 12.4.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/294, Bl. 406-11).

¹² Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei/Operativstab, Operativer Bericht in Erfüllung der Beschlüsse des Ministerrates der DDR, 19.8.1961 (4.00 Uhr) - Bundesarchiv, Abt. Potsdam, DO-1/11/1130, Bl. 47.

Panzern durchgeführt'. 13 oder: 'warum die Kampfgruppen mit dem Gewehr nach Osten und mit dem Rücken zum Brandenburger Tor stehen. "Sind die Gewehre" so fragt man "gegen unsere Bevölkerung gerichtet"? 14 Die Eskalation der Krise wurde mehrheitlich der DDR zugeschrieben, und, am gravierendsten für die nationale Legitimität der DDR, es wurde den Grenzsoldaten und Kampfgruppen der Vorwurf gemacht, sie seien 'keine Deutschen'. ¹⁵ Ein Gewerkschaftsfunktionär des FDGB-Bundesvorstands notierte sogar einen starken ketzerischen Nationalismus in den Betrieben, der die Wiedervereinigung nicht klassenmäßig, sondern bedingungslos konzipierte. 16 Vereinzelt ließen sich auch allgemeine politische Forderungen hören, die nicht unmittelbar mit dem Mauerbau in Verbindung standen, z.B. nach freien Wahlen. ¹⁷ Jugendliche wurden fast immer als lautstärkste Dissidenten herausgehoben. Eine Jugendbrigade, die die Arbeit auf einer Baustelle verweigert hatte, drohte mit der fundamentalen Kritik: 'Das ist ein autoritäres Regime, der Tag ist noch nicht zu Ende.' 18 Am nächsten Tag verbreitete sich die Losung: 'Dieses Regime muß weg' 19 Typisch für diese Entwicklung war aber die Tatsache, daß die anderen Brigaden weiterarbeiteten. Es bildeten sich Ansammlungen von einigen Hundert Menschen in der Nähe der geschlossenen Grenzübergänge, aber die Wasserwerfer der Volkspolizei wurden öfter gegen 'Rowdys' aus Westberlin eingesetzt als gegen eine interne Opposition. Wie das Ministerium für Staatssicherheit die Lage zusammenfaßte: 'Negative Diskussionen zeigen sich in den Bezirken der DDR überwiegend als Einzelstimmen, während sie im demokratischen [Ost-]Berlin einen etwas größeren, aber keineswegs übermäßigen Umfang aufweisen. 20

Die relative Passivität der DDR-Bevölkerung während jener Augusttage, oder besser, ihre Fragmentierung, kann also nicht übersehen werden. Die Interpretationen der ruhigen Lage nach dem Mauerbau tendieren in zwei Richtungen. Eine bezieht sich auf die legitimatorischen Erfolge des Regimes, die eine 'mehrheitliche Akzeptanz dieser Maßnahme' geschaffen hatten. ²¹ Die in den Berichten vielzitierten 'Zustimmungserklärungen', die jede Arbeitsbrigade oder Hausgemeinschaft ablegen sollte, beweisen aber wenig. (Oft lenken sie gewollt oder ungewollt die Aufmerksamkeit gerade auf die neuralgischen Punkte des Regimes, z.B. die Erklärung der Filmfabrik Wolfen. ²² M.E. verliert der Begriff 'Legitimation' in einer Situation, wo es keine wirkliche Meinungsfreiheit gibt, fast völlig an Bedeutung. Ab den frühen Morgenstunden des 13. August setzte die SED Agitationsgruppen als Teil eines ideologischen Präventivangriffs ein, und während der darauffolgenden Tage bestellte sie Bürger sy-

¹³ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 7. Kurzinformation, 14.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 21).

¹⁴ SED-ZK/Abt. Wissenschaften, Information über die Stimmung an unseren wissenschaftlichen Einrichtungen zu den Maßnahmen des 13. August 1961, 16.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 77).

¹⁵ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 2. Kurzinformation, 13.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 4).

¹⁶ Koll. Hoffmann auf der 10. Sitzung des FDGB-Bundesvorstands, 25.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/611/39, Bl. 265-66).

¹⁷ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 3. Kurzbericht, 13.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 6).

¹⁸ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 7. Kurzinformation, 14.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 21).

¹⁹ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 9. Kurzinformation, 15.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 29).

²⁰ MfS/Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Bericht vom 15.8.1961, zit. in: Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten: Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 352.

²¹ Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR: Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993, S. 66.

²² SED-ZK/Abt. Parteiorgane, Kurzinformation, 14.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 16).

stematisch zu Einzelaussprachen ein. In exemplarischen Fällen wurden Bürger, die Zustimmungserklärungen die Unterschrift verweigert hatten, zu Arbeitserziehung in Haftarbeitslagern verurteilt.²³ Nach dem Mauerbau freilich mußten sich die DDR-Bürger mit dem Regime langfristig einrichten, aber kurzfristig gibt es wenig Beweise für eine Akzeptanz dieser Maßnahmen. Ganz im Gegenteil. Wie ein Graphiker des DEFA-Filmstudios es prägnant ausdrückte: 'Das Unpopulärste was geschehen konnte ist geschehen. Diese Maßnahmen kommen bei 80 Prozent der Bevölkerung nicht an.'²⁴

Ein anderer Erklärungsansatz wäre, daß die Bevölkerung ihre äußere Konformität nur unter dem Druck des Sicherheitsapparats wahrte. ²⁵ Obwohl man im allgemeinen 1961 mit 1953 nicht vergleichen kann, war die Zahl der Festnahmen im Zusammenhang mit dem Mauerbau aber durchaus vergleichbar mit 1953. Bis zum 4. September 1961 wurden 6041 Menschen vorgeführt, und davon 3108 inhaftiert. ²⁶ (Die Zahlen für 1953 sind kaum höher: 6171 Festnahmen bis zum 30. Juni²⁷ - vielleicht ein Zeichen der besseren Vorbereitung 1961.) Die meisten wurden der Hetze und Staatsverleumdung bezichtigt, worunter auch einfache Beschimpfung von Parteifunktionären zu verstehen war.

Jedoch gab es wesentlich weniger Streiks als 1953. Die Zahl der betroffenen Betriebe allein am 17. Juni 1953 war 593 mit einer knappen halben Million Beteiligter. ²⁸ 1961 gab es bloß 37 registrierte Arbeitsniederlegungen im dritten Jahresquartal, also ganz durchschnittlich im Vergleich mit anderen Quartalen und Jahren (vgl. Tabelle). Am Morgen des 14. August verlief die Arbeitsaufnahme wieder weitgehend normal. ²⁹ Die Statistiken über Störungen der Wirtschaft sagen auch relativ wenig über die Qualität der Aktionen aus. Viele hatten wahrscheinlich nichts mit der Mauer zu tun. Es gab auch nicht die Möglichkeit größerer solidarischer Demonstrationen, vielmehr kleinere Aktionen, z.B. ein Sitzstreik von 80 Berliner Postarbeitern am 15. August. ³⁰ Am 16., als Folge einer Explosion an einem Energiewerk, gab es einen Stromausfall in vielen Bezirken Berlins, der zu solchen Gerüchten führte: 'Das ist der Anfang vom Generalstreik' oder 'Jetzt beginnt der Krieg'. ³¹ Es blieb aber bei Gerüchten. Die einzige festgehaltene Zunahme liegt im Bereich der Betriebssabotage, des klassischen Ausdrucks des anonymen Protests, wo sich die Fälle um ein Vielfaches mehrten.

Eine dritte Möglichkeit wäre eine kalkulierte Apathie unter der DDR-Bevölkerung. Die Kampagnen der SED stießen oft auf Desinteresse, da das ostdeutsche Publikum wohl den Sättigungsgrad seiner Mobilisierbarkeit erreicht hatte. Vielmehr, wie zwei Weimarer Beobachter notierten, solange die Menschen für Tomaten und Kartoffeln Schlange stehen mußten, würde die Partei sie kaum für den Friedensvertrag begeistern können.³² Für die Mehrheit

²³ Staritz, Geschichte der DDR, a.a.O., S. 141.

²⁴ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 8. Kurzinformation, 15.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 24).

²⁵ Fulbrook, Mary: Popular Discontent and Political Activism in the GDR, in: Contemporary European History, 2 (1993), S. 265-66.

²⁶ HVDVP/Operativstab, Operativer Bericht in Erfüllung der Beschlüsse des Ministerrates der DDR, 4.9. 1961 (4.00 Uhr) - BAP, DO-1/11/1130, Bl. 209.

²⁷ Diedrich, T.: Der 17. Juni 1953 in der DDR: Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 300.

²⁸ Ebenda, S. 288.

²⁹ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 6. Kurzinformation, 14.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 15).

³⁰ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 8. Kurzinformation, 15.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 27).

³¹ SED-ZK/Abt. Parteiorgane, 10. Kurzinformation, 17.8.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/433, Bl. 37).

³² SED-ZK/Abt. Parteiorgane, Information Nr. 81, 10.7.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/5/295, Bl. 157).

der Bevölkerung waren die 'Grenzsicherungsmaßnahmen' die sichtbarste Erscheinung einer Entwicklung, die 1945 mit der Zonenteilung begann, und 1952 über die Festigung der Demarkationslinie führte. Die wirtschaftliche Autarkiekampagne, die sogenannte 'Störfreimachung', war seit Ende 1960 im Gange. Sie waren also gewissermaßen 'akklimatisiert' an den Verlust ihrer Reisefreiheit und die Abgrenzung vom Westen.

Da die folgender Dokumentation zugrundeliegenden Forschungen noch im Anfangsstadium sind, ist es nicht möglich, mehr als provisorische Schlüsse zu ziehen. Der Historiker, der einem Volk, das sich unter solchen Umständen nicht aktiv auflehnt. Pflichtversäumnis zum Vorwurf macht, hat die Komplexität der SED-Diktatur nicht verstanden. Zwischen Herrschern und Beherrschten lag eine Grauzone. Vor dem Mauerbau war diese gesellschaftliche Demarkationslinie zusätzlich durch die offene Grenze kompliziert. Auch wenn man sich nicht in den Westen begab, konnte man sich mit der Möglichkeit der Abwanderung trösten. Als zusätzliche Kompensation ließ der Massenexodus bis 1961 von 2,6 Millionen Ostdeutschen den Hinterbliebenen die Möglichkeit schneller sozialer Mobilität. 33 Die Schließung der offenen Grenze schuf eine grundlegende Veränderung im Herrschaftsverhältnis, das neu ausgehandelt werden mußte. Vor dem Mauerbau behielten die DDR-Bürger noch einen Trumpf, der ihre Verhandlungskraft dem Regime gegenüber stärkte, nämlich die Drohung. daß man einfach 'abhauen' würde. Nach dem 13. August, wie die SED im Kreis Schmalkalden berichtete, stellten die Bürger, insbesondere Bürgerliche, ihre Anträge an die Staatsorgane nicht mehr ultimativ, sondern 'auf eine höfliche und sachliche Weise'. 34 Dies darf aber nicht über die fortbestehenden Freiräume in der sogenannten Nischengesellschaft der DDR hinwegtäuschen, in denen alternative Überlebensstrategien entwickelt werden konnten. Unter den Industriearbeitern, der festgeschriebenen Klientel der Partei, mußten Arbeitsbummelei und schlechte Arbeitsdisziplin weiter geduldet werden.³⁵ Die Genossenschaftsbauern machten ihre Austritte aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften formell rückgängig, hielten aber noch am Arbeitsrhythmus des Einzelbauern fest.³⁶ Die Mauer dürfte kurzfristig einen wirtschaftlichen Kollaps tatsächlich verhindert haben; langfristig aber, insbesondere bei der Generation nach der Mauer, führten die frustrierten Aufstiegsmöglichkeiten in einer ausweglosen DDR zur endgültigen Diskreditierung des Regimes.

³³ Vgl. Niethammer, Lutz u.a. (Hrsg.): Die volkseigene Erfahrung: Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 318-28.

³⁴ SED-Sekretariat, Information der Abteilung Agitation des ZK über die Lage und Stimmung im Kreis Schmalkalden, 27.9.1961 (SAPMO/ZPA, J IV 2/3/766, Bl. 35-50).

³⁵ SED-ZK/Abt. Gewerkschaften & Sozialpolitik, Auszüge aus der Analyse des Bundesvorstandes des FDGB über die klassenfeindliche Tätigkeit im III. Quartal, insbesondere seit dem 13.8.1961, 2.11.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/611/9, Bl. 38-42).

³⁶ Ministerium für Landwirtschaft, Einschätzung der Entwicklung der LPG nach dem 13.8.1961, 2.9.1961 (SAPMO/ZPA, IV 2/7/376, Bl. 49-62).

Störungen de	r Wirtschaft in der	DDR 1960-62 ³⁷
--------------	---------------------	---------------------------

	Arbeitsniederlegungen			Sabo	Sabotage		Brandstiftungen		
Bezirk	1960	1961	1962	1960	1961	1962	1960	1961	1962
Berlin	4	3	2	3	13	2	4	8	1
Cottbus	5	4	3	2	9	3	1	2	7
Dresden	61	14	28	9	9	3	8	2	7
Erfurt	4	1	4	2	7	1	-	2	1
Frankfurt/Oder	6	8	5	3	3	-	-	-	-
Gera	7	8	3	4	2	-	3	1	1
Halle	22	26	16	23	28	10	9	4	3
Karl-Marx-Stadt	17	22	41	7	17	8	7	8	13
Leipzig	4	12	7	8	9	4	1	2	1
Magdeburg	12	3	2	2	1	4	3	2	3
Neubrandenburg	1	3	-	1	4	-	-	-	-
Potsdam	3	13	14	-	6	8	3	4	1
Rostock	7	2	1	4	10	1	2	3	1
Schwerin	2	9	6	4	12	2	1	1	1
Suhl	11	7	12	-	2	-	2		2
gesamt	166	135	144	72	132	46	44	39	42

Dokument 1

Kurzinformation über die ersten Maßnahmen und Stimmen zur Durchführung des Ministerratsbeschlusses vom 12.8.1961

1. Nach den bisher vorliegenden Berichten wurden alle Sperrmaßnahmen im wesentlichen gegen 6 Uhr beendet. Am Bahnhof Friedrichsstraße gab es gegen 6 Uhr noch Anlaufschwierigkeiten mit der S-Bahn. Gen. Kramer übernahm persönlich die Anleitung und traf die entsprechenden Maßnahmen. Weiterhin gab es Schwierigkeiten auf dem S-Bahnhof Pankow und U-Bahnhof Warschauer Straße. Auf dem S-Bahnhof Pankow gab es größere Ansammlungen von Fahrgästen, da bis 6 Uhr die Stromumschaltungen noch nicht beendet waren. Der größte Teil der leitenden Funktionäre der BVG befand sich auf einer Feier, wodurch die erforderlichen Maßnahmen verzögert wurden. Der Direktor der BVG, Gen. Paschau, erklärte, "da habt ihr aber einen sehr ungünstigen Zeitpunkt gewählt."

Trotz mehrmaliger Anforderung trafen erst gegen 6 Uhr die Einsatzkräfte der Transportpolizei ein.

2. Durch die Kreisleitungen wurden erste Maßnahmen eingeleitet. Auf allen für den öffentlichen Verkehr gesperrten Bahnhöfen sowie den Sektorenübergängen wurden Agitatorengruppen eingesetzt, von denen Flugblätter mit dem Ministerratsbeschluß zur Verteilung gelangen. Bis 5.30 Uhr waren auf insgesamt 28 Bahnhöfen Agitatorengruppen in Stärke von 4 bis 5 Genossen eingesetzt. Für die Schwerpunktbahnhöfe der S-Bahn, Friedrichsstraße, Alexanderplatz, Ostbahnhof u.a. sind Verstärkungen der Agitationsgruppen vorgesehen. Von der Kreisleitung Prenzlauer Berg wurden die Mitarbeiter des Parteiapparates, Parteisekretäre der WPO und Betriebe sofort verständigt und aufgefordert, sich bei der Kreisleitung einzufinden. Um 9.30 Uhr findet im Gaswerk Dimitroffstraße eine Aktivtagung statt.

³⁷ FDGB-Bundesvorstand, Analyse über Arbeitskonflikte, die zu Arbeitsniederlegungen führten, und über klassenfeindliche Tätigkeit im Jahre 1961, 1.2.1962; FDGB-Bundesvorstand, Entwicklung der Arbeitsniederlegungen im Jahre 1962, o.D. (SAPMO/ZPA, IV 2/611/66, Bl. 27-36, 257-69.

Durch den Rat des Stadtbezirkes Prenzlauer Berg wurden alle leitenden Funktionäre zusammengefaßt und folgende Maßnahmen festgelegt: Alle Werkleitungen werden zusammengerufen, um Maßnahmen für die Arbeitsaufnahme der ehem. Grenzgänger vorzubereiten. Einleitung von Sicherungsmaßnahmen für die Versorgungsbetriebe und die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung. Von der KL Oranienburg wurden in allen Randgemeinden um Westberlin und auf allen Grenzbahnhöfen Parteiaktivisten eingesetzt. In den beiden Großbetrieben LEW und Stahl u. Walzwerk Henningsdorf wurde noch in der Nachtschicht die Diskussion - über die Maßnahmen des Ministerrats geführt.

Insgesamt herrscht an den Übergängen und Bahnhöfen Ruhe und die Mehrheit der Bevölkerung, besonders ältere Bürger, liest aufmerksam die Flugblätter und bringt Verständnis für die Maßnahmen entgegen. Am Kontrollpunkt Glienicke, Krs. Oranienburg, wollten 50 Bürger in den frühen Morgenstunden nach Westberlin fahren. Als die Genossen von der Grenzpolizei ihnen die neuen Maßnahmen der Regierung erklärten, äußerten sie: "wir sehen ein, daß die Maßnahmen richtig sind" und sind nach Hause gegangen.

Ein Teil der Bevölkerung findet diese Maßnahmen als zu hart. Vereinzelt gibt es solche Meinungen: "Jetzt können wir unsere Angehörigen nicht mehr besuchen." - "Die Maßnahmen richten sich gegen die Westberliner, aber die meisten Westberliner sind doch friedliche Menschen." - "Jetzt haben wir unsere Pension und alles verloren, wie soll das geregelt werden."

Negative Diskussionen und Provokationen gibt es vorwiegend von Jugendlichen und Grenzgängern: "Laßt mich in Ruhe mit dem Dreck, seid ihr überhaupt noch Deutsche." (U-Bahnhof Französische Straße) - "Ihr braucht mir die Dinger (gemeint Flugblätter) gar nicht erst zu geben, wir leben sowieso im Zuchthaus." (S-Bahnhof Baumschulenweg) - "Die DDR verschärft die Situation, das kann kein Mensch mehr aushalten." (Ostbahnhof)

Auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße waren gegen 5.45 Uhr ca. 300 Menschen anwesend. Eine Gruppe Jugendlicher versuchte zu provozieren und erklärte: "Jetzt habe ich nun meine paar Pimperlinge drüben und komme nicht mehr ran. Das ist also die Demokratie, die kommt heute so richtig zum Ausdruck." Die Mehrheit der anwesenden Bevölkerung verhielt sich ruhig und ließ sich nicht provozieren.

Ähnliche Provokationen durch Jugendliche gab es auf dem S-Bahnhof Treptow, Schönhauser-Allee und der U-Bahnstation "Walter Ulbricht-Station".

ausgearbeitet: Gen. Lennig, Gen. Barchfeld, Gen. Müller

gesehen: Gen. Dohlus

Dokument 2

2. Kurzinformation über die Lage in der Zeit von 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Nach Berichten unserer Mitarbeiter gibt es am Übergang in der Wollankstraße und an der Warschauer Straße Ansammlungen von ca. 500 bis 600 Menschen, meist Jugendliche. Am Übergang Wollankstraße wurde von Jugendlichen und Frauen provokatorisch ein Übergang nach Westberlin gefordert. So schrie eine Frau: "Gehen wir doch in die Straßenmitte und machen einen gewaltsamen Durchbruch, wir sind alles Deutsche, wir wollen rüber zu unseren Brüdern." Jugendliche brüllten: "Es ist eine Schande, daß ihr euch dafür hergebt, die Grenze zu bewachen und uns nicht hinüberzulassen. Ihr seid keine Deutschen." Die Diskussion mit der Bevölkerung führt fast ausschließlich die Volkspolizei. Es sind keine Agitatoren der Partei offen in Erscheinung getreten. Die Bezirksleitung wurde von diesem Zustand unterrichtet und hat sofort 70 Agitatoren nach dem Übergang Wollankstraße in Marsch gesetzt.

In der Nähe des Brandenburger Tores versammeln sich gegenwärtig ca. 100 neugierige Passanten, ohne das von Seiten der Agitatoren mit diesen Menschen gesprochen wird. Nach Ansicht der Mitarbeiter unseres Hauses ist die Postenkette der Armee und der Volkspolizei in diesem Abschnitt zu schwach, um die volle Sicherheit zu gewährleisten. Die Volkspolizisten werden von ihren eigentlichen Sicherungsmaßnahmen abgelenkt, da die Anzahl der eingesetzten Agitatoren nicht ausreicht.

Weitere Provokationen gab es im Bahnhof Bornholmerstraße, in der Drisenerstraße (Prenzlauer Berg), Bahnhof Schönhauser Allee und Französische Straße, an denen nach wie vor vorwiegend Jugendliche be-

teiligt sind. Auf dem Bahnsteig Richtung Osten des Bahnhofes Friedrichsstraße nimmt die Ansammlung der Reisenden erheblich zu. Gegen 10.30 Uhr waren es ca. über 1000 Personen, die zum Teil heftig diskutierten, daß der Zugverkehr nach Richtung Ostbahnhof sehr schleppend in Gang kommt. Z.Zt. wird am Bahnhof Friedrichsstraße eine Weiche am S-Bahnkörper eingebaut, um einen flüssigeren Verkehr zu garantieren. Diese Arbeiten werden erst gegen 13 Uhr beendet sein. Ein Westberliner Lok- und Betriebswagenführer der S-Bahn verweigerten die Überführung ihrer Züge nach dem demokratischen Sektor.

Die letzten Berichte der Bezirksleitung Berlin besagen, daß die negativen und zum Teil sehr aggressiven Äußerungen zunehmen: "Wir sind doch diejenigen, die spalten." - "Das ist doch keine Freiheit oder Demokratie, wenn man nicht einmal die Verwandten besuchen kann." - "Es wird immer schöner, jetzt machen wir schon Grenzen innerhalb der Stadt." - "Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein." - "Die Maßnahmen sind die schmutzigste Sache, die es gibt. Wir sind alles Deutsche und Deutschsein heißt treu sein." - "Wir haben ja bald "freie" Wahlen, da werden wir uns revanchieren. Da müssen sie uns mit dem Knüppel hintreiben." Auf die Drahthindernisse hinweisend, sagte ein anderer. "Der Sozialismus siegt, er schreitet unaufhaltsam vorwärts!"

ausgearbeitet: Gen. Lennig, Gen. Barchfeld, Gen. Müller

Dokument 3

4. Kurzinformation über Maßnahmen und 1. Stellungnahme zur Durchführung des Ministerratbeschlusses aus den Bezirken Leipzig, Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Frankfurt, Schwerin, Dresden und Neubrandenburg

Die Mehrheit der Bezirks- und Kreisleitungen haben sofort Maßnahmen eingeleitet, um den Einsatz der leitenden Funktionäre der Partei und des Staatsapparates, der Mitarbeiter der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Parteiaktivisten zu sichern.

Im Bezirk Frankfurt war der Apparat der Bezirksleitung in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 3.00 Uhr einsatzfähig. Büromitglieder und Mitarbeiter der Bezirksleitung begaben sich in die Kreise, um die Arbeit der Kreisleitungen zu unterstützen. In den Kreisen wurden Beratungen mit den Parteisekretären, den Vorsitzenden der Blockparteien und Massenorganisationen durchgeführt. Auf den Bahnhöfen und anderen Schwerpunkten wurden in den frühen Morgenstunden Agitatoren eingesetzt.

In vielen Kreisen wurden in den Betrieben und Dörfern Versammlungen sowie Aussprachen durchgeführt. In Schwarzenberg und anderen Kreisen im Bezirk Karl-Marx-Stadt führten eine Reihe von Betrieben Parteiversammlungen und im Anschluß daran Schichtversammlungen durch. In den Braunkohlenbetrieben der Kreise Borna und Eilenburg wurden mit den Schichtarbeitern Aussprachen geführt. In Zwickau-Land, Zwickau-Stadt und Aue wurden Hausversammlungen und Kurzversammlungen in den Betrieben durchgeführt.

Anläßlich eines NAW-Einsatzes durch Arbeiter in der Gemeinde Crobnitz, Kreis Görlitz, wurde sofort eine Kurzversammlung organisiert und eine gemeinsames Schreiben der Arbeiter und Genossenschaftsbauern an den Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht abgesandt, worin es u.a. heißt: "Als wir vom Beschluß des Ministerrates hörten, war unsere Antwort darauf, daß das die einzig richtige Maßnahme ist, um den Kriegsbrandstiftern und westdeutschen Militaristen einen Schlag zu versetzen und den Menschenhändlern endgültig das Handwerk zu legen. Einmal mußte ja unsere Geduld zu Ende sein. Wir stehen fest und geschlossen hinter diesen Maßnahmen und begrüßen sie aus vollstem Herzen."

Vier Brigaden des VEB Edelstahlwerk Freithal übermittelten in einem Telegramm an den Ministerrat u. a.: "Mit diesem Beschluß hat unser Ministerrat im Interesse aller friedliebenden Menschen gehandelt. Wir unterstützen die Maßnahmen der Regierung mit neuen Produktionsleistungen unter der Losung: "Freithal hält den 1. Platz im Stahlwettbewerb."

Die Bezirke berichten übereinstimmend, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen des Ministerrats begrüßt. Typisch dafür ist das Argument: "Die Maßnahmen des Ministerrats sind in Ordnung. Es wurde höchste Zeit, mit dem Menschenhandel Schluß zu machen."

Weitere Argumente:

"Wir sind mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden. Der ganze Krach, der von den Westmächten veranstaltet wird, zeigt nur ihre Angst vor dem Friedensvertrag." (Kollegen des Fahrpersonals der LVB Leipzig) - "Unsere Partei und Regierung haben richtig gehandelt. Jetzt haben die Burschen, die in Westberlin sitzen, die erste scharfe Abfuhr bekommen. Der notwendige Friedensvertrag wird sie voll und ganz isolieren." (Kollege Hauschild, Meister im BKW ...). - "Die Maßnahmen konnten nur deshalb eingeleitet werden, weil das sozialistische Lager stark ist und jeden Tag stärker wird." (Kollegen des VEB (K) Ausbau Leipzig) - "Die Maßnahmen sind vollkommen richtig. Natürlich werden wir einige Schwierigkeiten auf uns nehmen, aber dem da drüben werden wir es schon zeigen." (Ein Geschäftsmann aus Babelsberg) - "Endlich hat es unsere Regierung verstanden, dieses Agentennest Westberlin abzuriegeln." (Kollege Schnubl, Wasserwirtschaftsbetrieb Blüt...). - "Es wurde höchste Zeit, daß man den Abwerbern das Handwerk legt, damit sie nicht noch mehr Menschen abwerben können." (Dr. Weber, Arzt aus Coswig/Meißen)

In vielen Argumenten wird hervorgehoben, daß diese Maßnahmen schon viel früher hätten eingeleitet werden müssen. Charakteristisch dafür ist die Meinung des Stellmachers Kuschmierz im MTS-Stützpunkt Lübsdorf, Kreis Schwerin-Land: "Warum hat man erst heute diese Maßnahmen getroffen. Das hätte man schon viel früher machen sollen. Dann wären weniger dem Menschenhandel zum Opfer gefallen." Unklarheiten und Zweifel zeigen sich in solchen Auffassungen, daß die Maßnahmen des Ministerrates zu weiteren Spannungen und vielleicht zum Krieg führen.

Im Kreis Hohenstein/Ernstthal gibt es unter Teilen der Bevölkerung eine solche Auffassung: "Hoffentlich gibt es keinen Krieg." In der HO Glauchau erklärten Jugendliche: "Durch diese Maßnahme wird die Lage weiter verschärft. Westberlin wird bestimmt Gegenmaßnahmen treffen." Ein Bootsvermieter aus Sternberg erklärte: "Hoffentlich gibt das kein böses Blut. Wir hätten warten sollen, bis die Westmächte Maßnahmen einleiten und dann erst eingreifen sollen." Im FDGB Urlauberheim "Friedrich Jäckel" Kreis Flöba herrschte in den Morgenstunden, besonders unter den Berliner Urlaubern, eine Panikstimmung und sie wollten sofort abreisen. Nachdem den Urlaubern die Maßnahmen gründlich erläutert wurden, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Der Werkleiter des Fernmeldeamtes Dresden teilte der Stadtbezirksleitung mit, daß in den heutigen Morgenstunden ein außerordentlich starker Fernsprechverkehr nach Westberlin und Westdeutschland zu verzeichnen war.

Vereinzelt gab es Provokationen. In Klein-Machnow wurde ein junger Maurer verhaftet, welcher provokatorisch auftrat. In Frankfurt provozierte der Elektriker Bötze Mitglieder unserer Partei und beschimpfte sie mit Strolche und Verbrecher. Über Feindtätigkeit berichteten die Bezirke Frankfurt und Karl-Marx-Stadt: In Hennickendorf Kreis Strausberg wurde quer über die Straße geschrieben: "Weg mit den SED Schweinen". Die KL Plauen organisierte eine Reihe Gemeinschaftsempfänge der Fernsehübertragung vom Tele-Studio West über die Einwohnerversammlung in Schneckengrün am 12.8. Bei Beginn der Fernsehübertragung wurde in allen Grenzgemeinden und im gesamten MTS-Bereich Weichlitz für die Dauer der Übertragung der Strom abgeschaltet. (Die Ursachen werden gegenwärtig vom MFS untersucht). Auf dem Weg von Stalinstadt nach Diehlow standen heute Morgen einige Strohmandeln in Brand.

In Altlandsberg Bezirk Frankfurt brannte in der vergangenen Nacht das Haus des R-flüchtigen Isau ab. Vermutlich hat er die Tat selbst gegangen bzw. jemand aus seinem großen Verwandtenkreis im Ort.

Ausgearbeitet: Genosse Lennig gelesen: Genosse Meurer

Dokument 4

Kurzinformation über die Stimmung zur Durchführung des Ministerratsbeschlusses aus den Bezirken Suhl, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Dresden, Frankfurt/O., Schwerin, Potsdam, Cottbus, Halle und Gera.

Die eingeleiteten Maßnahmen der BLG und KL führten zu einer Kampfstimmung und großer Einsatzbereitschaft unter den Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei. Aus den Berichten der Bezirke geht hervor, daß ständig weitere Kreise aller Bevölkerungsschichten die getroffenen Maßnahmen begrüßen. Dabei werden die Zustimmungserklärungen oft mit Verpflichtungen, wie Sonderschichten, Steigerung der Produktion u.a. unterstützt. Typisch dafür ist die Stellungnahme der Brigade Zschorn aus der Abteilung Zellstoff der Filmfabrik Wolfen: "Wir unterstützen die Beschlüsse der Volkskammer, die sich gegen den Menschenhandel und Friedensstörung in Westberlin und Bonn richten. Wir sind für den Abschluß eines Friedensvertrages noch in diesem Jahr. Die Lösung dieser von der Volkskammer und allen friedliebenden Menschen in Ost und West geforderten Maßnahmen hängt mit von uns ab. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, indem wir unsere Betriebspläne erfüllen und am 17.9. durch Stimmabgabe für die Kandidaten der NF bereits bis 8.00 Uhr wählen. Wir stellen keinen Reiseantgrag nach Westberlin und Westdeutschland. Wir arbeiten und erholen uns in unserem Arbeiter- und Bauernstaat."

Eine große Anzahl von Zustimmungserklärungen liegt aus den Kreisen der technischen und medizinischen Intelligenz vor. In diesen wird begrüßt, daß durch die eingeleiteten Maßnahmen die Abwerbung, besonders von Ärzten, unterbunden wird. Dr. Kunath, Bezirkskrankenhaus Leipzig äußert dazu: "Die jetzt in Westdeutschland durchzuführenden Kongresse, die besucht werden, um auf dem laufenden zu bleiben, müssen jetzt wegfallen, weil solche Verbrecher am Werk sind. Es wird Zeit, daß andere Verhältnisse geschaffen werden und ein Friedensvertrag abgeschlossen wird, damit Ruhe einzieht. Der Zahnarzt Dr. Buchholz aus Heckelberg, Kreis Freinwalde erklärte: "Es ist widerlich, was alles aus der Frontstadt nach dem demokratischen Berlin und in unsere Republik tagtäglich hineingepumpt wurde. Das Maß der Unmoral gegenüber dem Völkerrecht ist voll. Die Forderung unserer Arbeiter muß auch die Forderung eines jeden Mediziners sein. Als Arzt begrüße ich den Beschluß der Volkskammer für unsere Republik. Meine Heimat ist Berlin-Charlottenburg, aber mein Weg kann erst dorthin führen, wenn diese anomale Lage in Westberlin beseitigt ist."

Die Bezirksleitung Suhl berichtet, daß auch in kirchlichen Kreisen Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen besteht. Der Pfarrer Kretschmar, Kreis Sonneberg, brachte zum Ausdruck, daß er auf diese Maßnahmen schon lange gewartet hätte. Der Pfarrer Axthelm aus Almerswind, Kreis Sonneberg, wandte sich in seiner Predigt gegen die Republikflucht. Vereinzelt treten Zweifel und Unsicherheit auf und werden Bedenken darüber geäußert, daß diese Maßnahmen zu einer Verschärfung der Lage führen können. Der Ingenieur Eberhard aus der Metallwarenfabrik Breitungen begrüßt die Maßnahmen unserer Regierung, hat aber Bedenken, daß sich daraus ein Krieg mit Westdeutschland entwickeln kann. Der Kreisarzt von Plauen-Stadt Müller-Melage teilte der KL mit, daß unter den Ärzten die Meinung auftritt, daß mit diesen Maßnahmen wieder eine solche Lage eintreten könnte, daß sie nicht an Kongressen teilnehmen dürften. Man sollte deshalb Ausführungen darüber machen, wie sich der gesamtdeutsche Verkehr in Zukunft entwickelt.

Die Bezirksleitungen Suhl und Cottbus berichten, daß unter den bewaffneten Kräften eine große Bereitschaft zur Durchführung der Aufgaben vorhanden ist. 100 Genossen Grenzpolizisten, die am Ausbildungssonderlehrgang in Eisfeld teilnehmen, haben sich verpflichtet, ihre Ausbildung 14 Tage früher zu beenden, um schneller zur Grenzsicherung zur Verfügung zu stehen. Die Genossen und Mitglieder der FDJ, Grundeinheit der 5. Grenzkompanie Immerstadt, legten ein Treuebekenntnis zur Partei und Regierung ab und wollen zu den Wahlen am 17.9. in den frühen Morgenstunden offen den Kandidaten der NF ihre Stimme geben. Im Kombinat Schwarze Pumpe zogen auf Grund der gegenwärtigen Situation vier Volkspolizisten ihre Entpflichtung zurück.

Unter dem Einfluß, daß die getroffenen Maßnahmen zur Verschärfung der Lage bzw. zu einem Krieg führen könnten, traten im Bezirk Frankfurt/O. und Karl-Marx-Stadt Angsteinkäufe auf. So wurden im Lebensmittel-Imbißraum Wilhelm-Pieck-Str., äußere Johannisstraße und Ernst Thälmann-Straße in Karl-Marx-Stadt der gesamte Brotbestand aufgekauft und Bohnenkaffee 500- und 1000grammweise verlangt. In der Verkaufsstelle im Hauptbahnhof sowie in einem Selbstbedienungsladen wurden in verstärktem Maße

solche Nahrungs- und Genußmittel wie Kakao, Mehl, Kaffee und Makkaroni gekauft. In Neuenhagen, Kreis Strausberg, kaufte man in der HO-Verkaufsstelle 918 Zucker und Mehl 5- und 10pfundweise. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Leipzig und in den Randgebieten von Berlin, hier besonders unter der Intelligenz, gibt es Stimmungen, daß eine neue Währungsreform bevorstehe.

Feindarbeit und besondere Vorkommnisse

In den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, im Kreis Wittenberg und in Bernau, wurden Fahrzeuge der amerikanischen und englischen Militärmission gesichtet.

In der Toilette des Bahnhofes Baeskow wurde eine amerikanische Uniform mit dem Rangabzeichen eines Majors gefunden. Am Vormittag war ein Fahrzeug der amerikanischen Militärmission durch die Stadt gefahren.

Im Baustoffschuppen im Werk 5 des VEB Sachsenring brach in der Nacht vom 12. zum 1.8. ein Brand aus. Vom Bereitschaftsdienst der Feuerwehr wurde dieser bemerkt und konnte mit eigener Kraft gelöscht werden. In der gleichen Nacht ist in der LPG "junge Welt" Warin ein Werkraum abgebrannt. Dabei verbrannten 175 to Raufutter und Stroh. In beiden Fällen wird Brandstiftung vermutet. In der LPG Retzow, Kreis Lübs, wurde am Sonntag früh die Arbeit nicht aufgenommen. Der Traktorist Kupke, den der Personalausweis abgenommen wurde, hatte die Orientierung gegeben, langsam oder gar nicht zu arbeiten. Durch das Eingreifen des Staatsapparates nahmen die Genossenschaftsbauern die Arbeit wieder auf. Die Genossin Konrad, Vorsitzende des DFD-Kreisvorstandes Strausberg, wurde in Fredersdorf auf dem Wege zur Kreisleitung von drei betrunkenen Burschen angehalten und der Ausweis verlangt. Der Bürgermeister Golzern erhielt einen anonymen Anruf "hier ist der Warndienst, heute Nacht wird die Schule von Golzern abgebrannt." Die Kreisleitungen Elmenau, Hildburghausen und Bad Salzungen wurden von unbekannten Personen angerufen und als Sauhunde und Lumpen beschimpft. In Eldenburg, Kreis Ludwigslust, wurde der Bürger Heck aus Berlin (dem. Sektor) und in Wümbach, Kreis Elmenau, der LPG-Bauer Meisinger wegen Hetze gegen die Arbeiter- und Bauernmacht inhaftiert.

In Meiningen bei der Gemeinde Mendhausen durchbrachen 7 Personen die Staatsgrenze. Bei Spechtsbrunn, Kreis Neuhaus, erfolgte durch einen ehem. Angehörigen der Grenzpolizei ein Grenzdurchbruch. Im Kreis Sonneberg wurde durch die Grenzpolizei ein Grenzübertritt von drei Bürgern aus Arnstadt verhindert. In der französischen Kirche in Potsdam und der katholischen Kirche in Oranienburg wurde in den Predigten gegen die Maßnahmen unserer Regierung Stellung genommen. Die Predigt in Potsdam wurde mit folgenden Worten begonnen: "Wir sind noch zu tief erschüttert und beunruhigt von dem großen Schrecken und der Gefahr, die durch die neuen Maßnahmen unserer Regierung über uns gekommen sind." In der katholischen Kirche in Oranienburg wurde vor ca. 500 Personen von einer schrecklichen Lage in der dem. Republik gesprochen.

ausgearbeitet: Gen. Mosch gesehen: Gen. Dohlus

Dokument 5

9. Kurzinformation über die Lage in Berlin

Quellen: Berichte der Bezirksleitung Berlin

Die Büros der Kreisleitungen treten täglich ein- oder zweimal zusammen, schätzen die Lage ein und legen operative Maßnahmen fest. Die Mitglieder der Büros sind in den Schwerpunkten eingesetzt und helfen den Grundorganisationen unmittelbar bei der Lösung der Aufgaben. In der Mehrzahl der Kreise werden die Sekretäre der wichtigsten Grundorganisationen täglich zusammengenommen, was sich positiv auf die Erhöhung der Kampfkraft der Partei auswirkt. Insgesamt muß man einschätzen, daß die Mitglieder unserer Partei die ihnen gestellten Aufgaben mit einer großen Kampfbereitschaft und diszipliniert durchführen. Das offensive Auftreten vieler Genossen führt zu einem sichtbaren Aufschwung in der massenpolitischen Arbeit.

Die Zustimmung vieler Werktätiger zu den Maßnahmen des Ministerrates wird durch zahlreiche Verpflichtungen unterstrichen. In den Verpflichtungen gehen die Werktätigen im wesentlichen von der Stärkung der DDR durch gute Produktionstaten aus, wobei sie betonen, jederzeit einsatzbereit zu sein, mit aller Kraft die Planerfüllung zu sichern, um schuldenfrei zur Wahl zu gehen. Allein im Kreis Friedrichshain wurden am 15. August 631 Brigadeaussprachen mit 137 Zustimmungserklärungen und 112 Verpflichtungen im Rahmen der "Otto Krahmann"-Bewegung durchgeführt. 20 Kollegen baten um Aufnahme in die Partei. Jedoch zeigt sich in einigen Betrieben, daß Arbeiter, die am Montag in den Brigadeversammlungen noch offen diskutierten, schweigen oder Einzelaussprachen ausweichen. Ein Teil der Angehörigen der technischen Intelligenz glaubt nicht an die Kraft des sozialistischen Lagers, was sich in solchen Bemerkungen äußert, daß wirtschaftliche Repressalien von seiten des Westens uns in letzter Konsequenz doch noch in die Knie zwingen könnten. Westberliner Ärzte und anderes medizinisches Personal äußerten, daß sie nur noch bis Ende des Monats im demokratischen Berlin verbleiben, da sie in Westberlin aller Voraussicht nach vom Umtausch ausgeschlossen werden. Dem gegenüber erklärten sich eine Reihe Ärzte im Krankenhaus Prenzlauer Berg bereit, gegebenenfalls ihren Wohnsitz nach dem demokratischen Berlin zu verlegen. Besonders bei Frauen zeigt sich noch immer die Furcht, daß es zu bewaffneten Auseinandersetzungen

Bei den Westberliner Eisenbahnern mehren sich die Fragen und Diskussionen zum Lohnumtausch. In diesem Zusammenhang gibt es bei Reisenden und auch bei Eisenbahnern Diskussionen darüber, was nun mit der Bahn in Westberlin wird. "In 14 Tagen sind wir auf die Osteisenbahn nicht mehr angewiesen." - "Die werden ja bald kein Westgeld mehr haben, dann können sie die Leute nicht mehr bezahlen und müssen aus Westberlin verschwinden." - "Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird die Bahn von der Bundesbahn übernommen."

Im Mittelpunkt der Vorbehalte und negativen Diskussionen steht:

- 1. Im Grunde genommen werden nur wir durch die Schutzmaßnahmen benachteiligt und nicht die Westberliner.
- Durch die Maßnahmen werden verwandtschaftliche Beziehungen, langjährige Freundschaften sowie materielle und kulturelle Annehmlichkeiten beseitigt und das ist eine Einschränkung der Freiheit.
- 3. Panzer und Stacheldraht sind Zeichen des Krieges und nicht des Friedens.

An einigen Stellen tastet der Gegner ab, wie und mit welchen Losungen er Einfluß gewinnen kann. Es gab heute verschiedene Beispiele provokativen Auftretens mit der Hetzlosung: "Dieses Regime muß weg." Im Kreis Prenzlauer Berg wurden an Schornsteinen in der Schönhauser Allee Nr. 128 und der Gaudistr. Nr. 26 Hetzlosungen angebracht, die zum Streik aufriefen. In Lichtenberg wurden in der Nacht in der Umgebung der Weitlingstr. 3 Hetzplakate angebracht, die unter anderem die provokative Aufforderung erhielten, "Weg mit diesem Regime." In der Kochanstr. 15, Kreis Friedrichshain, wurden die Zeitungen in den Briefkästen angebrannt. Auf der Rolltreppe des U-Bahnhofes Lichtenberg, Ausgang Siegfriedstraße, brach ein Brand aus.

Gegenwärtig haben sich folgende Schwerpunkte herausgebildet: Kreis Friedrichshain: Institute für Regeltechnik und für Elektrotechnik, VEB Energieprojektierung und Krankenhaus. Kreis Prenzlauer Berg: Krankenhaus und Wohngebiet Eberswalderstraße. Kreis Köpenick: Funkwerk und Werk für Fernsehelektronik Kreis Mitte: Industrieprojektierung, Berlinprojektierung, PKB Kohle und die Baubetriebe Kreis Lichtenberg: VEB Volksbau, Kraftwerk Klingenberg, Stuck- und Natursteine, Krankenhaus Kaulsdorf, BVG, Fernamt und 2 Abteilungen im VEB Elektrokohle. Kreis Weißensee: Krankenhaus und einige Abteilungen im VEB Stern-Radio. Kreis Pankow: BVG, Elektromechanik und zum Teil Krankenhaus Buch.

Zur Feindarbeit in Westberlin:

In der KL Reinickendorf wurden in den frühen Morgenstunden die Fensterscheiben zertrümmert.

Auf dem Bahnhof Lichtenrade erschienen in den gestrigen Abendstunden zehn Jugendliche mit Gummiknüppel. Gegen 23 Uhr beschmierten sie zwei S-Bahnwagen, schlugen Scheiben ein und rissen Sitze heraus. Auf dem Bahnhof Lichterfelde Süd gab es Ähnliches. Vor dem Bahnhof Zoo und in der Bahnhofsvorhalle sammelten sich gegen 23 Uhr ca. 60 Jugendliche und riefen die Losung: "Sieg Heil, Berlin bleibt frei".
Die Sturmpolizei drängte die Jugendlichen vom Bahnhof ab und verhaftete 2, die sich widersetzten. Der

Einsatz der Transportpolizei in Westberlin ist z.Zt. nicht klar. Es sind keine Beispiele bekannt, wo die Transportpolizei auftritt wodurch der Eindruck entsteht, daß die polizeiliche Oberhoheit der Stupo überlassen wird. Um 10 Uhr 40 fuhr an der Kontrollstelle 45, Heinrich Heine Str. Bürgermeister Kreßmann vor und erkundigte sich, wie es mit der Einfahrt in das Demokratische Berlin wäre. Er wurde von der VFP zurückgewiesen. Der Kollege Pholer, Werkleiter im Kabelwerk Oberspree, informierte die Parteileitung des Betriebes über folgendes: Die westberliner Konzernbetriebe haben untereinander vereinbart, den Aufruf an die Grenzgänger ihrer Betriebe zu richten, keine Arbeit bei uns aufzunehmen. Sie wollen ihnen zusichern, daß für die Dauer der Aufrechterhaltung unserer Maßnahmen der volle Lohn von den Konzernen gezahlt wird.

Die Ergebnisse der Registrierung am 14.8.61:

Die Zahl der Grenzgänger, die sich am 14.8. meldeten, blieb unter den Erwartungen. Insgesamt erschienen in den Registrierstellen

4 336 Grenzgänger

Vermittelt wurden davon Eingestellt in den Betrieben wurden 3 187 872

Die Grenzgänger treten in der Regel bescheiden auf und nehmen zum Teil ohne größere Diskussionen die angebotenen Stellen an. Bei einem Teil ist jedoch deutlich sichtbar, daß sie mit Veränderungen rechnen, die es ihnen ermöglichen, doch wieder nach Westberlin zu gehen. Frech und provokativ treten einige Senatsangestellte auf. Sie fordern Einstellung im Staatsapparat oder Verzug nach Westberlin. Die Vermittlung der Arbeit geht verhältnismäßig reibungslos vor sich, wobei in einigen Registrierstellen und bei bestimmten Berufen Schwierigkeiten auftreten. Der Ausgleich zwischen den einzelnen Stadtbezirken muß schneller und besser organisiert werden.

In einigen Registrierstellen zeigen sich Mängel bei der Durchführung der Registrierung. Die Registrierstelle Georgenkirchstr. (Mitte) hat keine Unterlagen, wo die Arbeitskräfte gebraucht werden. In der Inselstr. (Mitte) werden alle Grenzgänger wieder weggeschickt, die noch kein Arbeitsbuch haben. In der Registrierstelle Stiftweg (Pankow) wird nicht gesondert nach Berufsgruppen registriert. Dadurch besteht kein Überblick und es entstehen große Wartezeiten. In Treptow ist die Registrierstelle ungenügend über den Arbeitskräftebedarf in anderen Stadtbezirken unterrichtet. Zu einer Stauung kam es in der Ehrenbergstr. (Friedrichshain) bei den Berufsgruppen Angestellte und angelemte Arbeiter.

Vereinzelt zeigen sich in den Betrieben Tendenzen des Sektierertums gegenüber den Grenzgängern. So lehnten z.B. Arbeiter bei Bergmann-Borsig die Zusammenarbeit mit einem Spezialisten ab, der bereits die Arbeit im Betrieb aufgenommen hatte. Er wurde daraufhin entlassen. Im VEB Isokont wurden drei ehemalige Mitglieder einer Jugendbrigade nicht eingestellt, weil sie nicht bei der ersten Aussprache ihren falschen Standpunkt einsahen. Die Aussprache wurde sektiererisch geführt. Die Kommission stellte sinngemäß falsche Fragen: Seht ihr ein, daß ihr Arbeiterverräter seid. Auf den Knien solltet ihr rutschen und darum bitten, daß wir euch wieder aufnehmen." Im VEB Aufzugsbau wurde einem Grenzgänger namens Kuhnert vom Werkleiter Müller die Einstellung mit der Begründung verweigert, daß die Kollegen nicht mit ihm zusammenarbeiten wollen. Die VVB Möbel- und Bauelemente hat vom Wirtschaftsrat die Anweisung erhalten, Arbeitskräfte nicht über den Arbeitskräfteplan hinaus einzustellen.

Hinweis:

Eine ganze Reihe Wissenschaftler und Ärzte sind im Besitz eines Propusk, der zum Betreten des Westsektors Gültigkeit hat. Dabei wurde u.a. festgestellt, daß mit dem Ausweisbesitzer auch andere Personen im Wagen ohne weitere Ausweiskontrolle fahren können.

Ausgearbeitet: Gen. Lennig Gesehen: Gen. Dohlus

Dokument 6

11. Kurzinformation über die Lage in Berlin

Quellen: Berichte der Bezirksleitung Berlin

Aus den verschiedensten Kreisen wird berichtet, daß durch die höhere Aktivität der Parteiorganisationen in den Aussprachen viele Unklarheiten geklärt und die Lage in den Berliner Betrieben weiter gefestigt werden konnte. Das drückt sich in der ständig wachsenden Zahl von Verpflichtungen aus, die den Kampf gegen Störanfälligkeit, die Erfüllung der Produktion trotz Kampfgruppeneinsatz und die Aufholen von Produktionsausfällen, die durch den Stromausfall entstanden, betreffen. Ständig wächst die Zahl der Aufnahmeanträge als Kandidaten unserer Partei. Bis zum 17.8. lagen ca. 150 Anträge vor. Während die Mehrheit der Arbeiterklasse in den Betrieben zu dem Ministerratsbeschluß steht, gibt es unter der Intelligenz, besonders in solchen Institutionen oder Abteilungen, wie Projektierungsbüros, Konstruktionsbüros, wo es wenige Arbeiter gibt, eine abwartende oder negative Haltung. Dabei werden die Argumente, wie Verwandtenbesuch, Einkaufsmöglichkeiten, Einschränkung der "persönlichen Freiheit" u.a. vorgebracht.

Unter der med. Intelligenz gibt es besonders unter den Ärzten in leitender Stellung eine positive Haltung. In der Akademie für Sozialhygiene und ärztliche Betreuung forderte der Oberarzt Dr. Kahle auf, mit Ruhe und Besonnenheit die Maßnahmen der Regierung zu respektieren. Er wies darauf hin, die daraus entstehenden Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, da sie kein Vergleich mit denen sind, die bei Fortbestand des früheren Zustandes eingetreten wären. Ärzte aus Westberlin bringen zum Ausdruck, daß, wenn der Geldumtausch wegfällt, sie ihre Arbeit im demokratischen Sektor aufgeben. 9 Ärzte und Schwestern des Krankenhauses Kaulsdorf (Lichtenberg) tragen sich mit den Gedanken, ihre Tätigkeit bei uns aufzugeben. Im Krankenhaus Weißensee geführte Aussprachen wegen Umzug in den demokratischen Sektor, waren bisher ohne Erfolg.

In einer Aussprache mit Künstlern des Metropol-Theaters wurde den Maßnahmen des Ministerrates zugestimmt. An unklaren Fragen traten folgende auf:

- Werden in Zukunft für unsere Künstler Möglichkeiten geschaffen, sich bestimmte Aufführungen in Westberlin anzusehen.
- Ist es möglich, mit den Westberliner Kollegen auf dieser Basis im Austausch zu bleiben.

Die Bezirksleitung berichtet, daß in fast allen Theatern sektiererische Tendenzen gegen die Westberliner Mitarbeiter und Künstler auftreten, was sich in folgenden Äußerungen ausdrückt: "Es ist ja auch Zeit, daß der übertriebene Kult mit den Westberliner Künstlern beendet wird." - "Man müßte den Westberlinern (Künstlern) zeigen, was eine Harke ist und daß wir in der Lage sind, ohne sie eine künstlerische Produktion durchzuführen." In der Volksbühne haben bisher drei Westberliner Mitarbeiter ihr Arbeitsverhältnis gekündigt.

Zur Lage unter den Eisenbahnern:

Die Bezirksleitung schätzt ein, daß bei der Mehrheit der Eisenbahner, das trifft auch für den größten Teil der Beschäftigten in Westberlin zu, eine gute Disziplin in der Dienstausführung herrscht. Es ist jedoch festzustellen, daß der Gegner wesentlich seinen Druck auf die Beschäftigten der Dienststellen der Eisenbahn, die in Westberlin liegen verschärft. Verstärkt treten jugendliche Banden mit solchen Drohungen auf, wie: Das ist eure letzte Mahlzeit, wenn wir zurückkommen, werden wir auch mit Stinkbomben ausräuchern.

Vor den Bahnhöfen werden Schilder mit folgendem Hinweis aufgestellt: Wir fordern S-Bahn unter Senatskontrolle. - Reisender, du fährst zu Ulbricht. - Westgeld nicht für den Stacheldraht.

Ein Teil der Eisenbahner tritt diesen Provokationen entgegen. So verhinderte z.B. auf dem Bahnhof Wernerwerk die Aufsicht Frau Feld die Zerstörung des "Wahheit"-Kasten. Die Jugendlichen ließen durch das Auftreten dieser Kollegin von ihrem Vorhaben ab. Insgesamt zeigt sich jedoch, daß eine Anzahl Eisenbahner dem feindlichen Druck nachgeben. Auf verschiedenen Bahnhöfen erschienen bereits am 16. 8. verschiedene Fahrdienstleiter und Stellwerkpersonal in Zivil zum Dienst. Ein Triebwagenpersonal verrichtete ebenfalls seinen Dienst in Zivil. Es wurde beobachtet, daß sich Eisenbahner die Schulterstücke von der Uniform abmachten.

Die Belegschaft der Schmiede im RAW Tempelhof stellte die Arbeit ein. Aus den Dienststellen des demokratischen Berlins nahmen 16 Beschäftigte ihre Tätigkeit nicht mehr auf. Mit der Begründung, daß der Lohnumtausch gesperrt wird, kündigten am 17.8. einundzwanzig Eisenbahner ihren Dienst. Unter den Eisenbahnern in Westberlin gibt es das Argument, daß die S-Bahn in wenigen Tagen von der Bundesbahn übernommen wird. Im Schalterwerk Halensee versuchten Vertreter der Westbewag DAS stillgelegte Kabel zu überprüfen. Es muß angenommen werden, daß damit die ersten Vorkehrungen getroffen werden, um die S-Bahn von Westberlin aus einzuspeisen. Das RBD Berlin fragt an, welche Möglichkeit besteht, daß Arbeitsgerät und Arbeitskleidung von Baufirmen des demokratischen Sektors, die sich noch auf Baustellen der Reichsbahn in Westberlin, wie Poliklinik West und Schöneberger Ufer befinden, zurückgeholt werden kann.

Diskussion und Verhalten von SPD-Mitgliedern:

Die Kreisleitung Lichtenberg schätzt ein, daß viele SPD-Mitglieder versuchen, einer Diskussion oder Stellungnahme auszuweichen. In den bisher geführten Gesprächen gab es vereinzelt Zustimmungen zu den Maßnahmen der Regierung. So erklärte sich z.B. das SPD-Mitglied Zybell, Obermeister im Kraftwerk Klingenberg, mit den Maßnahmen einverstanden. Ein Teil erklärt sich wohl mit Maßnahmen gegen die Grenzgänger einverstanden, findet aber die Methoden zu hart. Dabei treten die Argumente auf, warum gleich Panzer - Die Familien und ehrlichen Arbeiter hätten darunter zu leiden - Man kann seine Angehörigen nicht mehr besuchen usw.

Die Registrierung und Arbeitsaufnahme von Grenzgängern bis 16.8.: 19 716 Registrierungen, davon 8 253 Vermittlungen und 2 999 Einstellungen. Das bedeutet, daß 41% der bisher registrierten sich vermitteln ließen und nur 15% der Registrierten eingestellt wurden. In der Registrierung am 16.8. ist gegenüber dem Vortag ein Rückgang festzustellen. (Am 15.8. 3079, am 16.8. 1736) Die Bezirksleitung begründet das damit, daß eine Ursache darin liegt, daß am 16.8. die Buchstaben OPQ mit geringerer Häufigkeit an der Reihe waren. Es zeigt sich, daß wesentlich weniger die Arbeit aufnehmen als eingestellt werden. In Treptow gab es insgesamt 365 Einstellungen. Bisher nahmen nur 217 die Arbeit auf. Es gibt Erscheinungen, daß Grenzgänger nicht im alten Betrieb und in VEB arbeiten wollen, sondern in der Privat- oder halbstaatl. Industrie Arbeit suchen. Nach wie vor treten sektiererische Tendenzen gegenüber den Grenzgängern auf. So wollte z.B. eine Brigade im "7. Oktober" ein ehemaliges Brigademitglied, das bis zum März im Betrieb gearbeitet hatte, nicht wieder aufnehmen. Ein weiterer Mangel ist, daß in den Registrierstellen teils keine Übersicht darüber besteht, wie die Schwerpunkte der Elektroindustrie mit Arbeitskräften versorgt werden. Aus den Kreisen gibt es Hinweise, daß in den Gaststätten entlang der Grenze ein schwungvoller Schwarzhandel mit Zigaretten betrieben wird.

Feindarbeit und besondere Vorkommnisse:

Die Frau Anne Conrad, Berlin W 65, Müllerstr. 65 (WB) teilt dem AZKW mit, daß in Westberlin Ausweise für ehemalige Grenzgänger ausgestellt werden mit der Absicht, diese ehemaligen Grenzgänger im demokratischen Berlin zuzustellen. Am Kontrollpunkt Friedrichsstraße wurde der Westberliner Werner Esch festgenommen. Er war im Besitz von fünf Vollmachten ehemaliger Grenzgänger, die ihn dazu berechtigten, deren Lohngelder in Westberlin zu empfangen. Am 18.6. wurden drei Jugendliche festgenommen, die zwischen dem Brandenburger Tor und Potsdamer Platz durch die Stacheldrahtsperre in das demokratische Berlin eingedrungen waren. Auf den Strecken Lichterfelde und Friedrichstraße-Wannsee wurden wiederum mehrere S-Bahnwagen schwer beschädigt. Es wurden Türscheiben eingeschlagen, Sitzpolster aufgeritzt, Haltestangen abgerissen, Feuerlöscher entwendet usw. Ein Reichsbahnangestellter teilte mit, daß am 18.8. beabsichtigt ist, an allen Zugängen der S-Bahn in Westberlin Menschenansammlungen zu organisieren, um den Reisenden an der Benutzung der S-Bahn zu hindern. Diese Aktion soll am Bahnhof Papestraße und Schöneberg begonnen werden. Der Kollege Ansbach aus Neuenhagen fuhr mit der Zugmaschine I K 25-56 an der Ecke Sonnenallee über die Grenze. Am 17.8. brach ein LKW H 3 A in der Ruppinerstraße-Bernauer Straße (Mitte) über die Grünanlagen nach Westberlin durch.

Die Kreisleitung Lichtenberg teilt mit, daß große Lastzüge, die am 15.8. nach Hamburg gefahren sind, überfällig sind. Die Besatzung bestand aus insgesamt 11 Fahrern und Beifahrern, darunter fünf Genossen.

Ausgearbeitet: Gen. Mosch Gesehen: Gen. Dohlus